



Stadt Kamen

Niederschrift

FS

über die
1. Sitzung des Familien- und Sozialausschusses
am Donnerstag, dem 26.03.2009
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Alexandra Bartosch
Frau Ilse Dönecke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Kaya Gercek
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Frau Ursula Müller
Herr Marco Pincus
Herr Hermann Puls

CDU

Frau Alexandra Cramer
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rüdiger Plümpe
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Bettina Werning

FDP

Frau Ursula Oertel

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Willi Präkelt
Herr Christian Völkel

Gäste

Herr Dörmann, Werkstatt Unna
Herr Gründken, ARGE Unna
Herr Klose, ARGE Unna
Herr Zude, Werkstatt Unna

Entschuldigt fehlten

Frau Ingrid Borowiak
Herr Jens Funke
Frau Annette Mann
Herr Björn Tuxhorn

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Weber**, begrüßte die Ausschussmitglieder, insbesondere die Vertreter von Presse und Verwaltung sowie die Referenten von der ARGE, Herrn Gründken und Herrn Klose, und die Vertreter der Werkstatt im Kreis Unna, Herrn Dörmann und Herrn Zude. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Auf Nachfrage des Herrn Weber ergaben sich aus den Reihen der Ausschussmitglieder keine Änderungswünsche. Hierauf regte Herr Weber an, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 aufgrund des gegebenen Kontextes zusammengefasst zu behandeln. Vor der Abhandlung der TOP 1 und 2 erteilte er auf Wunsch Herrn Brüggemann das Wort.

Herr **Brüggemann** trug vor, dass erst in den letzten Tagen die zur Vorbereitung der Sitzung notwendigen Abschlussgespräche geführt und die anfallenden Finanzlasten ermittelt worden seien. Er erinnerte an den in der letzten Sitzung des Familien- und Sozialausschusses der Verwaltung diesbezüglich erteilten Auftrag. Man habe heute die beteiligten Protagonisten von der ARGE und der Werkstatt Unna in die Runde geholt. Ziel sei es festzustellen, ob die Notwendigkeit der Einrichtung einer Produktionsschule grundsätzlich gegeben sei. Nach Abhandlung der TOP`s 1 und 2 werde er unter Berücksichtigung der Eckpunkte der Vortragenden einen Sachantrag der Verwaltung formulieren. Er wies darauf hin, dass es heute nicht geplant sei, die Zustimmung zu den finanziellen Modalitäten herbeizuführen. Heute biete sich dem Ausschuss die Möglichkeit, eine gemeinsame Linie zu gestalten.

Der Ausschuss stimmte der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 zu.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit im SGB II Referenten: Herr Gründken und Herr Klose von der ARGE Unna	
2	Vorstellung des Modellprojekts "Produktionsschule" Referenten: Herr Dörmann und Herr Zude von der Werkstatt Unna	

3	Einbringung des Sozialberichts	
4	Kurzbericht zum Sozialticket des Kreises Unna	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit im SGB II
Referenten: Herr Gründken und Herr Klose von der ARGE Unna

Siehe TOP 2

Zu TOP 2.

Vorstellung des Modellprojekts "Produktionsschule"
Referenten: Herr Dörmann und Herr Zude von der Werkstatt Unna

Herr **Weber** erteilten den Herren Gründken und Klose von der ARGE das Wort.

Sie referierten anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation.

Herr **Gründken** bedankte sich für die Einladung sowie die sich ihm bietende Möglichkeit, die Arbeit der ARGE vorzustellen. Sein Part am Vortrag sei eher allgemein gehalten; detailliertere Zahlen würde Herr Klose vortragen. Er begrüßte ausdrücklich die Einrichtung einer Produktionsschule am Standort Kamen. In diversen Gesprächen mit den Mitarbeitern der Werkstatt Unna und den Herren Brüggemann und Völkel habe er diese Meinung vertreten.

Hier böte sich eine Möglichkeit, konkret etwas für arbeitslose Jugendliche zu tun.

Anhand eines Diagramms erläuterte Herr Gründken die Entwicklung der Anzahl der von der ARGE betreuten Bedarfsgemeinschaften (BGs) für den Bereich Kamen. Erfreulich sei festzustellen, dass die Zahl in der Zeit von Januar 2008 – November 2008 von 2.353 BGs um 143 auf 2.210 gesunken sei.

Zum Zeitpunkt der Sitzung sei die Zahl noch weiter auf 2.200 BGs abgesunken; er wies jedoch darauf hin, dass diese Zahl im Gegensatz zum angegebenen Novemberwert noch nicht valide sei.

Die Anzahl der betreuten Personen ist im gleichen Zeitraum von 4.908 um 327 auf 4.581 gesunken. Dieses Ergebnis bezeichnete Herr Gründken als außerordentlich gut.

Begründet sei dieser Rückgang zum Teil mit der durch die gute Konjunktur bedingten Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Anzahl der in Arbeitsverhältnisse vermittelten Personen natürlich wesentlich höher sei, sich jedoch durch Fluktuation wieder vermindert habe.

Große Sorgen würde ihm die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit einer Person bereiten.

Dieser Personenkreis würde derzeit etwa die Hälfte des aktuellen Fallbestandes ausmachen.

In Kamen stelle sich die Situation im Vergleich zu den anderen Kommunen im Kreisgebiet sogar noch relativ gut dar. Hier sei die Zahl der Leistungsempfänger von 1.100 auf 1.049 Personen gesunken, während sie in anderen Kommunen weiter anstieg. Herr Gründken wies darauf hin, dass die ARGE in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberservice ihr besonderes Augenmerk auf diesen Personenkreis richten würde. Erste Erfolge seien auch bereits zu verzeichnen.

Anhand eines weiteren Schaubildes erläuterte Herr Gründken die Entwicklung der vorgenannten Gruppen in Prozentzahlen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sank im Betrachtungszeitraum um 6 %, die Personenzahl um 6,6 % und die Zahl der Ein-Personen-BGs um 4,6 %. Alle drei Werte sind stärker als im Kreisdurchschnitt gesunken. Herr Gründken führte dies unter anderem darauf zurück, dass die vom Arbeitgeberservice im Kamener Rathaus durchgeführten Präsenztage ihre Wirkung zeigen würden. Das Zusammenspiel von Leistung und Integration unter einem Dach habe sich bewährt und führe zu Ergebnissen.

Herr **Gründken** übergab das Wort an Herrn **Klose**. Dieser erläuterte anhand eines weiteren Diagramms die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, unterschieden nach den drei Bereichen ARGE Unna, Bereich Mitte und Kamen. Auffällig ist der enorme Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten. Herr Klose begründete dies mit dem Drängen der Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt. Nach den Sommerferien ebbt die Arbeitslosenzahl stark ab. Es wird deutlich, wie gut der Arbeitsmarkt die Arbeitskräfte aufgenommen hat. Betrachtet man die Monate Januar 2008/2009, so ist festzustellen, dass hier nur marginale Veränderungen eingetreten sind. Herr Klose wies darauf hin, dass die Vergleichszahlen des Jahres 2007 deutlich höher gelegen hätten.

Herr Klose teilte mit, dass im Jahr 2008 die Integrationsquote für die Personen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, bei 26,5 % gelegen habe. Bezugsgröße sei hierbei der Stand der Arbeitslosenzahl am 01.01.2008 sowie jede weitere Neuanmeldung.

Herr Klose hob erneut hervor, dass durch die gute Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes Bewerber vermittelt werden konnten, die man für nicht vermittlungsfähig gehalten habe. Arbeitslos blieben die Personen, die multiple Problemlagen aufweisen würden.

Exemplarisch erwähnte er Schulmüdigkeit und Aversion gegen Bildung. Hier müsse man neue Instrumente zur Vermittlung wählen.

Ausblickend auf das Jahr 2009 führte Herr Klose aus, dass das vergangene Jahr für viele arbeitslose Jugendliche eine Chance geboten habe, die sich nach seiner Einschätzung im Jahr 2009 vielleicht nicht wieder bieten würde. Er fürchtete eine Erhöhung der Quote der arbeitslosen Jugendlichen durch die „Rückkehr“ vieler in die Arbeitslosigkeit.

Herr Klose machte klar, dass bei vielen vorhandenen Arbeitslosen absolute Basisqualifikationen zu vermitteln seien. Elementare Voraussetzungen für den Einstieg in das Berufsleben, wie z.B. Körperhygiene oder saubere Bekleidung, müssten oftmals erst geschaffen werden.

Frau **Dyduch** bat die Referenten um eine Einschätzung der Situation im Jahre 2009 für den Personenkreis U25. Aus ihrer persönlichen Erfahrung durch ihre Tätigkeit in Dortmund habe sie den Eindruck gewonnen, dass das Zahlenmaterial sich negativ entwickle. In der Arbeitslosigkeit verblieben die Personen mit großen Vermittlungsproblemen oder sie kehrten dort hin zurück.

Herr **Klose** unterstrich diese Einschätzung. Es sei damit zu rechnen, dass viele dieser Personen zunächst wieder durch die Arbeitsagentur betreut würden und dann wieder Kunden der ARGE würden.

Frau **Dyduch** erkundigte sich nach dem Altersschnitt der Personen, die die Bedarfsgemeinschaften mit einer Person bilden würden.

Herr **Gründken** antwortete, dass der Großteil dieser Personen unter 30 Jahre alt sei.

Herr **Eisenhardt** reflektierte auf den Rückgang der Zahl der erwerbslosen Jugendlichen und bat um Einschätzung, von welchem Niveau aus dieser Rückgang erreicht wurde.

Herr **Gründken** erwiderte, dass Kamen von den in Bönen vorhandenen Lager- und Logistikkapazitäten profitieren würde. Tendenziell schätze er den Kamener Arbeitsmarkt als nicht sonderlich gut ein. Indikator hierfür sei die vergleichsweise geringe Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Herr **Weber** erteilte den Herren Dörmann und Zude das Wort. Sie referierten anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpoint-präsentation.

Einleitend wies Herr **Dörmann** darauf hin, dass anlässlich des 25jährigen Bestehens der Werkstatt Unna eine Broschüre herausgegeben worden sei, die er den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen wolle.

Das von ihnen heute vorzustellende Modellprojekt „Produktionsschule“ sei ein modellhafter Ansatz zur Bekämpfung der Jugendberufsnot. Anhand einer Folie erläuterte Herr Dörmann die Zielgruppen und das Angebotspektrum der Produktionsschule. Zur Zeit würden 200 Jugendliche außerbetrieblich ausgebildet. Die Werkstatt sei Schulungsstätte für die Berufsfelder Lager und Logistik. Weiterhin organisiere man für die Firma Kettler den Arbeitsmarkttransfer und begleite den Personalabbau.

Mittels einer weiteren Folie stellte Herr Dörmann die besonderen Zielgruppen der Werkstatt vor. Im Besonderen verwies er auf den nach seiner Ansicht wegweisenden Ansatz, Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften en bloc zu betreuen.

Das Leistungsspektrum der Werkstatt sei vielfältig. Man arbeite eng mit der heimischen Wirtschaft zusammen. Zusammen mit Unternehmen organisiere die Werkstatt Ausbildungen. Die Werkstatt selbst ist Ausbildungsbetrieb. Zurzeit habe man 300 Beschäftigte bei der GmbH und Tochterunternehmen.

Anhand eines weiteren Schaubildes stellte Herr Dörmann die zentralen Fördergeber der Werkstatt vor. Diese finanzierten 30 Förderinstrumente mit.

Die Ausgangslage für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche stelle sich im Kreis Unna sehr problematisch dar. Nur 25 % der von der ARGE betreuten Jugendlichen verfügten über einen gewerblichen Ausbildungsplatz.

Von den Teilnehmern des Berufskollegs der Werkstatt verfügen nur 50 % über einen Ausbildungsplatz. Die Teilnehmer am Berufskolleg seien häufig nicht motiviert. Dies äußere sich oftmals durch Fernbleiben vom Unterricht. Es ergäben sich große Probleme für den Lehrkörper, der regelmäßig zu disziplinarischen Maßnahmen greifen müsse.

Im Anschluss stellte Herr Dörmann eine Sonderuntersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vor. Zielgruppe waren Personen, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und im ALG-II-Leistungsbezug standen. Untersuchungszeitraum waren die Jahre 2005 und 2006. Hiernach schafften zwar 60 % der Leistungsbezieher den Ausstieg aus ALG II, jedoch kehrten 50 % hiervon wieder in den Leistungsbezug zurück. Herr Dörmann wies hier noch einmal darauf hin, dass Grundlagenarbeit ganzheitlich innerhalb der Bedarfsgemeinschaften geleistet werden müsse.

Weiteres Untersuchungsergebnis war, dass die Chancen auf ein Verlassen des Leistungsbezuges nach mehr als einem Jahr Bezugsdauer rapide sinken.

Mit einem weiteren Schaubild erläuterte Herr Dörmann die zu beachtenden Handlungserfordernisse. Oberstes Ziel sei, dass sich die Hilfebedürftigkeit nicht verfestigen darf. Bei Angeboten an Jugendliche sei jedoch zu beachten, dass ein Großteil den betrieblichen Anforderungen nicht gewachsen ist.

Im Anschluss wandte sich Herr Dörmann konkret der Produktionsschule zu. Vorbild sei hier Dänemark, das schon über Erfahrungen auf diesem Sektor verfüge. Wichtigstes Merkmal der Produktionsschule sei für ihn, dass die beschäftigten Jugendlichen für den Markt produzieren, was nicht überall so gehandhabt werde. „Nebeneffekt“ der Arbeit müsse sein, dass sich für die Jugendlichen Lernbedarf ergebe.

Herr Dörmann stellte dar, dass Produktionsschulen durch Wechselwirkungen Gewinne für Jugendliche und Kommunen bringen würden. Ziel der Produktionsschule ist es, die Jugendlichen zu „Direktoren ihres eigenen Lebens“ zu formen.

Mittels eines weiteren Schaubildes schilderte Herr Dörmann die vier Phasen, die die beteiligten Jugendlichen während der Arbeit in der Produktionsschule durchlaufen sollen.

Anhand einer weiteren Folie erläuterte Herr Dörmann den zu bewältigenden Spagat zwischen Zielsetzungen und Prinzipien der Produktionsschule. Nach Meinung von Herrn Dörmann sind die schwierigsten aller Jugendlichen die Zielgruppe für die Produktionsschule. Hier erhielten sie häufig die letzte Chance.

Frau **Müller** fragte nach, ob das den Jugendlichen so bewusst sei.

Herr **Dörmann** bejahte dies.

Er führte weiterhin aus, dass 50 % der Beschäftigten von Produktionsschulen eine direkte Anschlussperspektive eröffnet würde.

Im Anschluss schilderte Herr Dörmann eine mögliche Angebotsstruktur für eine in Kamen ansässige Produktionsschule. Er schlägt den Aufbau eines Projektes mit 36 Teilnehmern vor. Ältere Arbeitslose sollen hierbei als Vorarbeiter tätig werden.

Das Strukturmodell solle sich über die Bereiche Metall, Holz, und Textil erstrecken. Produziert werden könnten zum Beispiel Schulmöbel, Parkbänke, Fahrradständer. Mögliche Tätigkeitsfelder böten sich auch für Kultureinrichtungen und Kindergärten.

Anhand einer weiteren Folie erläuterte Herr Dörmann Kalkulations- und Berechnungsgrundlagen. Das Vorhalten professioneller Technik, die für eine marktförmige Produktion notwendig sei, erfordere eine Investitionssumme i.H.v. 243.000 €. Der von der Stadt Kamen zu leistende Zuschuss betrage einmalig 47.000 €.

Herr **Weber** dankte Herrn Dörmann für den umfassenden Vortrag. Er wies darauf hin, dass man angesichts der Fülle von Zahlen nicht die dahinter stehenden Menschen vergessen dürfe.

Frau **Müller** dankte Herrn Dörmann für den überaus informativen Vortrag. Nach ihren gewonnenen Erkenntnissen sei die Errichtung einer Produktionsschule in Kamen insbesondere unter dem Aspekt, dass hier vielen Jugendlichen eine letzte Chance geboten würde, sehr wichtig.

Frau **Werning** wies darauf hin, dass die Produktionsschule stark subventioniert würde. Sie erkundigte sich nach Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Herr **Dörmann** erwiderte, dass die im ARGE-Beirat sitzenden Vertreter der Arbeitgeberverbände den Produktionsschulen positiv gegenüber stehen würden. Die Produktionsschulen würden dazu beitragen, einen bestehenden Facharbeitermangel zu beheben. Die mengenmäßige Produktion sei unter diesem Aspekt zu vernachlässigen.

Herr **Eisenhardt** wertete den Vortrag als beeindruckend, aber auch bedrückend angesichts des vorgelegten Zahlenmaterials. Herr Dörmann habe eindrucksvoll die Notwendigkeit der Installation einer Produktionsschule aufgezeigt. Für sich habe er mitgenommen, dass von den potenziell 36 Beschäftigten der Produktionsschule 34 % wieder in Arbeit vermittelt werden könnten, weitere 15 % zu einem erneuten Schulbesuch motiviert werden könnten. Für die andere Hälfte gäbe es jedoch offensichtlich keine weitere Perspektive. Diese würde erneut in den ALG-II-Bezug geraten.

Für die CDU-Fraktion bejahte er die Notwendigkeit der Errichtung einer Produktionsschule.

Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass das Finden einer geeigneten Fläche für die Schule ein Problem sei. Da die Werkstatt Unna als seriöses Unternehmen einzuschätzen sei, halte sie die vorgelegte Kalkulation für stimmig. Das zu investierende Kapital sei gut angelegtes Geld.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass er im Hauptausschuss noch einmal detailliert auf die Finanzierungsfragen eingehen werde. An die Referenten der ARGE richtete er die Frage, ob es denn auch nach der fachlichen Einschätzung der ARGE die Werkstatt Unna sein solle, die in ihrer regionalen Ausrichtung Auftragnehmer für den Betrieb einer Produktionsschule sein solle. Weiterhin stellte er die Frage, ob die ARGE die Werkstatt Unna beauftragen werde.

Herr **Gründken** stimmte den Fragen vorbehaltlos zu. Mit der Arbeit der Werkstatt Unna sei er hoch zufrieden.

Herr **Brüggemann** fragte nach, ob er den Aufbau der drei Tätigkeitsfelder Metall, Holz und Textil für sinnvoll halte.

Herr **Gründken** bejahte dies.

Im Anschluss formulierte Herr **Brüggemann** für die Verwaltung folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Familien- und Sozialausschuss befürwortet die Einrichtung einer Produktionsschule in Kamen und beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit der ARGE und dem Qualifizierungsträger Werkstatt im Kreis Unna die zeitnahe Einrichtung dieser Produktionsschule zu betreiben. Der Familien- und Sozialausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Bereitstellung kommunaler Finanzmittel dem Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Weber** dankte den Referenten der ARGE und der Werkstatt Unna für ihre Vorträge.

Zu TOP 3.

Einbringung des Sozialberichts

Einleitend dankte Herr **Weber** der Verwaltung, insbesondere Herrn Völkel, für die Erstellung des Berichtes und erteilte diesem das Wort.

Herr **Völkel** referierte anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation. Er wies darauf hin, dass er heute lediglich in einem kurzen Abriss die Gliederung des Sozialplans erläutern wolle. Dieser sei ein Werk, dass sich nicht ausschließlich auf monetäre Aspekte beschränke.

Eins der Hauptaugenmerke sei auf das Thema der Zukunft, die Bevölkerungsentwicklung, gerichtet gewesen.

Hiermit verbunden habe man Zu- und Abgangszahlen innerhalb der Bevölkerung dargestellt. Weiterhin als Themenkomplex erwähnte Herr Völkel den Bereich Kenntlichmachung und Definition von Migration.

Einen weiteren Bestandteil des Sozialberichtes stellen die bereits in der letzten Sitzung des Familien- und Sozialausschusses für den Bereich der Stadt Kamen vorgestellten Leistungen nach dem SGB XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dar.

Ebenfalls beleuchtet werden die nach dem Sozialgesetzbuch Teil II + III zu gewährenden Leistungen. Herr Völkel wies darauf hin, dass die nach Teil III zu gewährenden Leistungen keine Transferleistungen darstellen würden. In diesem Zusammenhang sei auch versucht worden, Arbeitslosigkeit bestimmter Personengruppen zu beleuchten.

Betrachtet wurden ebenfalls die sogenannten sonstigen sozialen Leistungen, die teilweise einkommensunabhängig zu erbringen seien. Herr Völkel erwähnte hier exemplarisch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sowie die wirtschaftliche Jugendhilfe.

Weiterhin wurden Wohnungsdaten zusammengestellt. Betrachtet wurde hier sowohl der öffentlich geförderte als auch der frei finanzierte Wohnraum. In diesem Zusammenhang habe man auch das negativ behaftete Thema Wohnungsräumungen und Obdachlosigkeit aufgearbeitet.

Als besonders schwierig aufzuarbeitender Teil habe sich der Komplex „Wirtschaft, Einkommen und Verschuldung“ herausgestellt. Datenquellen waren hier die Schuldnerberatung, Statistiken des Landes NRW sowie Zahlenmaterial der Stadtkasse.

Der Themenbereich Behinderung und Gesundheit konnte mit Hilfe des Datenmaterials des Landschaftsverbandes aufgearbeitet werden.

Weiterer Gegenstand der Betrachtung war der Sektor „Schule, Sport und Kultur“. Hier erwähnte Herr Völkel exemplarisch die Themenbereiche Schülerzahlen, Schulwechsel und Sprachstandsfeststellung.

Den Sozialbericht prägten, soweit das in den Betrachtungsfeldern möglich gewesen sei, auch kleinräumige Daten mit Sozialraum- oder Stadtteilbezug.

Anhand einer weiteren Folie stellte Herr Völkel die bei der Zusammen-tragung von Datenmaterial benutzten Quellen vor. Exemplarisch trug er vor, dass z.B. der Kreis Unna wichtiges Zahlenmaterial in Bezug auf Einbür-gerungen geliefert habe.

Er wies darauf hin, dass das gelieferte Zahlenmaterial manchmal durchaus mit Vorsicht zu genießen gewesen sei. So verstehe die Bundesagentur für Arbeit z.B. unter dem Begriff Aufstocker Personen, die neben dem Bezug von Arbeitslosengeld I noch ALG II in Anspruch nehmen, wohingegen nach landläufiger Meinung Aufstocker Personen sind, die neben ihrem Erwerbs-einkommen ALG-II-Leistungen in Anspruch nehmen. Auch die Daten-lieferungen seitens des ehemaligen Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, das jetzt unter dem Begriff IT-NRW firmiert, seien teilweise bedingt durch Rundungsdifferenzen und nicht verarbeitbare Datensätze nicht vorbehaltlos zu verwenden gewesen. Es sei jedoch Wert auf größt-mögliche Validität der Daten gelegt worden.

Herr **Weber** dankte Herrn Völkel für seinen Vortrag. Er wies darauf hin, dass dieser Bericht für ihn ein wertvolles Arbeitspapier darstellen würde, da seine Inhalte den Ausschuss noch beschäftigen würden.

Frau **Müller** äußerte ebenfalls ihre Anerkennung für das erstellte Werk und wies auf die Nutzbarkeit des zusammengestellten Materials auch für die Zukunft hin.

Herr **Eisenhardt** stellte fest, dass er sich ein derartiges Werk schon früher gewünscht hätte.

Er dankte für die schnelle Erstellung. Genau so habe er sich einen derartigen Bericht vorgestellt. Hier würden ihm wichtige Grundlagendaten zur Verfügung gestellt. Er bat um Weiterentwicklung dieses Berichtes.

Frau **Dyduch** äußerte ebenfalls ihre Zufriedenheit über den vorgelegten Bericht. Sie sei schon gespannt auf die beiden weiteren angekündigten Berichte für die Bereiche Jugend sowie Migranten. Sie erkundigte sich, wann in etwa mit der Vorlage des Teilberichtes Migranten zu rechnen sei.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass die Vorlage des Berichtes im Herbst erfolgen solle.

Herr **Gercek** wies auf den erst im November erfolgten Beschluss über die Erstellung eines derartigen Berichtes hin. Für ihn liefere der Bericht hervorragende Grundlagendaten. Als positiv hob er hervor, dass nicht nur einfach Zahlenmaterial zusammen getragen worden sei, sondern dieses auch kommentiert wurde.

Zu TOP 4.

Kurzbericht zum Sozialticket des Kreises Unna

Herr **Völkel** referierte anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation. Anhand eines Schaubildes benannte er den Personenkreis, der Anträge zur Ausstellung des Sozialtickets stellen kann. Explizit erwähnte er Personen, die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten. Dies können Personen sein, die bei Ableistung des Wehrdienstes oder durch Kriegshandlungen Schädigungen erlitten haben.

Mittels eines weiteren Schaubildes schilderte er das Leistungsspektrum. Er wies darauf hin, dass sich die Nutzbarkeit ausschließlich auf das Kreisgebiet erstrecke und kostenfreie Fahrten nach Dortmund nicht möglich seien.

Der von den Nutzern zu tragende Eigenanteil betrage 15 €.

Im Anschluss schilderte Herr Völkel das Verfahren zur Ausstellung des Tickets. Anträge könnten bei der jeweiligen Kommune vor Ort gestellt werden. Diese leite den Antrag weiter an die Kreisverwaltung Unna. Die Möglichkeit der Nutzung des Tickets erlösche mit Beendigung des jeweiligen Sozialleistungsbezuges.

Die Kosten für das Ticket würden im Regelfall vom Konto des Inhabers abgebucht. In Ausnahmefällen (kein eigenes Konto, angelegte Kontopfändung) würde der Eigenanteil aus dem jeweiligen Leistungsfall an den Kreis überwiesen.

Mit einem weiteren Diagramm stellte Herr Völkel den Nachfrageverlauf auf dem Kreisgebiet und für die Stadt Kamen dar. Nach verhaltener Nachfrage im Dezember 2008 sei die Zahl der Antragsteller kontinuierlich stark angestiegen.

Im Einzugsgebiet der Stadt Kamen hätten bisher 424 Personen die Ausstellung des Tickets beantragt.

Anhand einer weiteren Folie erläuterte Herr Völkel, wie die Zahl der Antragsteller sich auf die jeweiligen Rechtsgebiete verteilt. Besonders wies Herr Völkel hier noch einmal darauf hin, dass auch Personen, die Leistungen nach dem SGB Teil VIII beziehen, Anträge stellen können.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1 Herr **Völkel** teilte mit, dass in Folge der Novellierung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009 überprüft worden sei, welche Personen durch Wohngeldantragstellung und -bewilligung aus dem Leistungsbezug nach dem SGB XII bzw. SGB II ausscheiden. Für den Bereich SGB XII konnten 13 Fälle eingestellt werden. Hierdurch entsteht eine jährliche Kostenersparnis i. H. v. 13.000 €. Im Bereich des ALG II wurden 23 Leistungsfälle mit einer jährlichen Einsparungssumme i. H. v. ca. 100.00 € beendet. Weitere 16 Fälle stehen noch zur Überprüfung an. Hieraus könnte weiteres Einsparpotenzial in Höhe von 69.000 € resultieren.

5.1.2 Herr **Brüggemann** teilte mit, dass aus der Ausschussmitte an ihn die Anfrage heran getragen worden sei, wann der Familienkompass aufgelegt würde. Zwischenzeitlich sei dieser durch die Familienbande in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung erstellt worden. Die im Fachbereich Jugend tätige Mitarbeiterin, Frau Tech, würde diesen bei den in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Familienbesuchen verteilen.
An der Finanzierung habe sich die Stadt Kamen mit einem Zuschuss i. H. v. rd. 4.000 € beteiligt.

5.2 Anfragen

Frau **Müller** fragte nach, wann mit der Einrichtung der Pflegestützpunkte zu rechnen sei.

Herr **Völkel** erwiderte, dass zwischenzeitlich eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen worden sei, die zum 01.05.2009 in Kraft trete. In einer bis zum Jahr 2010 dauernden Erprobungsphase würden diese Stützpunkte modellartig erprobt. Die Planungen sähen zurzeit vor, dass in den Städten Lünen und Unna Stützpunkte errichtet würden. Herr Völkel äußerte die Hoffnung, dass Kamen ebenfalls zum Zuge kommen würde. Nach Mitteilung des Leiters des Fachbereiches Arbeit und Soziales beim Kreis Unna, Herrn Diekmännken, bemühe man sich, die Errichtung kostenneutral zu gestalten.

Herr **Weber** schloss die Sitzung um 18.55 Uhr.

gez. Weber
Vorsitzender

gez. Brüggemann
Schriftführer

Anlagen

Bericht der ARGE
Produktionsschule
Gliederung Sozialbericht
Sozialticket